

## **Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Planungsausschusses vom 23.07.2009**

Gesamtzahl der Mitglieder: 31 Mitglieder

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder: 31 Mitglieder

---

### **TOP 2**

#### **Aus- und Neubau der Rheintalbahn**

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck, Fraktionsvorsitzender Mungenast, Fraktionsvorsitzender Götz, Fraktionsvorsitzender Sandfort, Fraktionsvorsitzender Friebis, VM D. Ehret, VM Jablonski, VM Guderjan, VM Greschkowitz

**Verbandsvorsitzender Neideck** führt aus, dass man abweichend von der Ankündigung in der Tagesordnung kurzfristig eine Tischvorlage erarbeitet habe, um die Thematik zu verdeutlichen. Dieser sei zu entnehmen, dass die Fraktionsvorsitzenden, Verbandsdirektor Dr. Karlin und er am 01.07.2009 die hinlänglich bekannte Thematik mit Innenminister Rech erörtert haben. Minister Rech habe erklärt, dass es in absehbarer Zeit zum Gespräch zwischen Ministerpräsident Oetinger und Bundesverkehrsminister Tiefensee komme. Dieser Gesprächsfaden sei zwischenzeitlich – wie auch der Presse zu entnehmen war – aufgenommen worden. Es liege ferner die Aussage dieser beiden Gesprächsteilnehmer vor, das Thema Trassenführung nicht nur unter technischen und finanziellen Aspekten, sondern insbesondere auch unter den Aspekten der Lebensqualität und der Umwelt zu bewerten. Damit dies für die Öffentlichkeit glaubwürdig sei, müsse zunächst ein Moratorium in das Verfahren eingebracht werden, um die laufenden Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren ruhen zu lassen und Zeit zu haben, die alternativen Trassen in der gleichen Qualität zu erörtern wie bei der Antragstrasse. Vor diesem Hintergrund sei ein Gremienbeschluss, ein Moratorium wirken zu lassen und möglichst rasch die Zielsetzung, Strategien und Zusammensetzung des angesprochenen Projektbeirates festzulegen, sehr wichtig. Darüber hinaus wolle man signalisieren, dass man sich als Regionalverband gerne konstruktiv in diesen Prozess einbringen wolle.

**Fraktionsvorsitzender Mungenast** führt aus, wie wichtig die Forderung der Gremien des Regionalverbandes gewesen sei, dass sich die Politik des Themas angenommen habe. Man sei froh, dass das erste lange in Aussicht gestellte Gipfeltreffen nunmehr stattgefunden habe. Ferner hoffe man, dass der Bundesverkehrsminister als letztlich notwendiger Zahlmeister für die meisten Forderungen aus der Region auch wirklich zu dem stehe, was in der Pressemitteilung über das Gipfeltreffen zu lesen gewesen sei. Die CDU-Fraktion könne den als Tischvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag nach Forderung eines Moratorium mittragen. Es mache keinen Sinn, Erörterungstermine anzusetzen und gegenüber der Anhörungsbehörde Stellungnahmen in Gebieten abzugeben, in denen man andere Trassen favorisiere. Man sei ferner der Meinung, dass konkret formuliert werden müsse, welche Aufgaben der Projektbeirat habe. Die Zusammensetzung des Projektbeirates spiele eine entscheidende Rolle, wenn man wisse, welche Themen beraten werden. Konsequenz sei es, die Bereitschaft des Regionalverbandes zur Mitwirkung in dem Projektbeirat aufgrund der

regionalpolitischen Bedeutung und der Sacharbeit der letzten Jahren in den Beschluss aufzunehmen.

**Fraktionsvorsitzender Götz** erläutert, dass die Fraktion der Freien Wähler zustimme und vom Moratorium erwarte, dass die widerstreitenden Kräfte und unterschiedlichen Auffassungen auf eine Linie gebracht werden. Den Beschlussvorschlag wolle man dahingehend ergänzen, dass der Regionalverband Mitglied in dem Projektbeirat sein sollte.

**Fraktionsvorsitzender Sandfort** sieht ebenfalls die Notwendigkeit eines Moratoriums. Dennoch sei man der Auffassung, dass das 3.+4. Gleis möglichst schnell gebaut werden müsse. Mit der in der Diskussion befindlichen autobahnparallelen Trasse liege eine Alternative zur Antragstrasse vor. Sofern keine weiteren Untersuchungen stattfinden würden, sei dies ein Mangel, der sicherlich juristische Konsequenzen haben würde. Der Bund und das Land seien gut beraten, tiefgehende Vergleichsuntersuchungen anzustellen. Er gehe davon aus, dass man damit weniger Verzögerungen haben werde, als bislang angenommen.

**Fraktionsvorsitzender Friebis** ist der Auffassung, dass der bisherige „kleine Gipfel“ nur der Anfang einer Reihe weiterer Gipfeltreffen sein könne. Wichtig sei, dass sowohl der Bund als auch das Land auf die Einbringung der Alternativtrassen in das Verfahren eingehen und eine Prüfung in gleicher Tiefe wie die bisherige Antragstrasse anerkennen. Nur dann könne man entscheiden, welche Trasse vorzugswürdig sei. Die Aussage des Landes, sich im Bedarfsfall finanziell zu beteiligen, sei sehr wichtig. Eine ähnliche Aussage hätte man gerne vom Bund, der am Ende die Maßnahme finanzieren müsse. Der Projektbeirat sollte möglichst rasch gebildet werden. Natürlich müsse der Regionalverband als Sprachrohr der Region dort Mitglied sein. Die neue Strategie mache allerdings nur Sinn, wenn gleichzeitig die laufenden Planfeststellungsverfahren nicht von der Bevölkerung, sondern von der Politik auf Eis gelegt werden. Eine zügige Prüfung sei erforderlich. Lange Verzögerungen wären unerträglich für die Region. Man sei verhalten optimistisch.

**VM D. Ehret** erklärt die Zustimmung der FDP- Fraktion zum zwingend erforderlichen Moratorium. Was hier passiere, sei eine Verschwendung von Steuergeldern sowohl auf der planerischen Seite als auch hinsichtlich der Ressourcen des Regierungspräsidiums. Die derzeitigen Planungen seien weder menschen- noch umweltverträglich. Gute Alternativvorschläge lägen vor. Niemand wolle mit dem Moratorium eine Verzögerung des Bahnausbaus erreichen. Ganz im Gegenteil müsse der Bahnausbau sowohl aus ökologischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht schnellstmöglich kommen. Er habe von Anfang an gefordert, dass sich das Land finanziell beteiligen müsse und dieses habe nun eine entsprechende Offerte gemacht. Es sei jedoch auch klar, dass der Löwenanteil von Bahn und Bund zu tragen seien. Eine faire Kostenteilung sei erforderlich, damit schnellstmöglich gute Lösungen umgesetzt werden könnten. Der Regionalverband sei das Sprachrohr der Region, insofern unterstützte man den Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Vertretung im Projektbeirat.

**Verbandsvorsitzender Neideck** schlägt vor, die Anregung unter Beschlussvorschlag Ziff. 1.2 wie folgt aufzunehmen: „...und erwartet, dass der Regionalverband Südlicher Oberrhein als ein Sprachrohr der Region im Projektbeirat vertreten ist.“

**VM Jablonski** merkt an, dass das Gipfelgespräch am 10.07.2009 stattgefunden habe und die Sitzungsvorlagen am 13.07.2009 versandt wurden. In der Tagesordnung sei ein mündlicher Bericht zum Thema angekündigt worden, heute erhalte man eine Tischvorlage mit einem konkreten Beschlussvorschlag. Bei einem

so wichtigen Thema hätte er sich gewünscht, nicht erst 10 Minuten vor der Sitzung mit der Sitzungsvorlage konfrontiert zu werden. Dieser Stil sei zumindest hinterfragungswürdig. Inhaltlich sei zu Recht ausgeführt worden, dass man keine langjährige Verzögerung erwarte. Er empfehle allen, einmal Einblick in das Protokoll des Verkehrsausschusses des Bundestags zu nehmen, wo zum Ausdruck komme, dass sowohl die CDU als auch die SPD eindrücklich davor warnen, durch eine Weiterverfolgung der autobahnparallelen oder sonstigen Varianten eine weitere Verzögerung in das Verfahren zu bringen. Es sei die Rede von bis zu 5 Jahren Verzögerung. Für ihn bedeute dies, dass man heute mit der Beschlussfassung über ein Moratorium ein falsches Signal in die Region sende. Er beantrage deshalb, über die Punkte 1.1., 1.2 und 1.3 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen. Er werde gegen den Beschlussvorschlag unter Punkt 1.1 stimmen.

**Verbandsvorsitzender Neideck** erklärt, dass ebenfalls eine Formalie für die Entscheidung, eine Tischvorlage vorzubereiten, gesprochen habe. Man sei ursprünglich beim Gespräch mit Innenminister Rech so verblieben, im heutigen Planungsausschuss mündlich zu berichten. Ferner habe man vereinbart, keine Pressearbeit zu diesem Gespräch zu machen, weil man solche Gespräche nur zielführend führen könne, wenn eine gewisse Vertraulichkeit gewahrt werde und man sich an diese Absprachen halte. Diese Vereinbarung sei dann durch das Spitzengespräch am 10.07.2009 und einer damit verbundenen Presseerklärung überholt worden. Er habe zusammen mit Verbandsdirektor Dr. Karlin sehr intensiv überlegt, ob man für die heutige Sitzung eine Sitzungsvorlage vorbereiten solle. In mehreren Gesprächen, unter anderem mit Landtagsabgeordneten und Ministerien, sei man am 21.07.2009 zu dem Ergebnis gekommen, eine Tischvorlage zu erarbeiten, damit man sich auch als Regionalverband in die politische Diskussion, insbesondere auch beim Thema Projektbeirat, einbringen könne.

**VM Guderjan** ist der Auffassung, dass die angemahnte Eile nicht zu einer menschenunwürdigen Trasse führen müsse. Wer die Finanzierungsraten kenne, die die Bahn vom Bund jährlich für Neubaustrecken bekomme, wisse, dass man eigentlich alle Zeit der Welt habe, um die mit einem Moratorium versehene Variantenprüfung durchzuführen. Unter Ziffer 1.3 des Beschlussvorschlages sollte man außerdem die Beteiligung des Regionalverbandes fordern und nicht nur anbieten.

Aus Sicht von **VM Greschkowitz** wäre es wünschenswert, wenn auch die Bürgerinitiativen von Offenburg bis Basel Vertreter in den Projektbeirat entsenden könnten.

**Verbandsvorsitzender Neideck** vertritt die Meinung, dass die Formulierung „erwarte“ dem Regionalverband gut anstünde, da man nicht selbst einlade. Er teilt die Auffassung von VM Greschkowitz bezüglich der Einbindung der Bürgerinitiativen. Jedoch sei es nicht Aufgaben des Regionalverbandes, entsprechendes zu beschließen.

**VM D. Ehret** ergänzt, den Vorschlag von VM Greschkowitz als Empfehlung abzugeben. Die Verdienste der Bürgerinitiativen müssten gewürdigt werden.

**Verbandsvorsitzender Neideck** weist dies zurück. Er habe ein Problem damit, die Arbeit der Bürgerinitiativen zu machen und diese gleichzuschalten mit einem Gemeinderat oder einem Regionalverband. Außerdem hege er keinen Zweifel daran, dass sich die Bürgerinitiativen eine entsprechende Mitgliedschaft nicht selbst erkämpfen können. Falls dies jedoch als offizieller Antrag erhoben werde, werde darüber abgestimmt.

**Fraktionsvorsitzender Mungenast** bittet VM Ehret, sich in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter beim Land für die Beteiligung der Bürgerinitiativen einzusetzen. Der Regionalverband könne die Einladungsliste nicht bestimmen.

**Beschluss des Planungsausschusses:**

1.1 Die Region Südlicher Oberrhein fordert, alle laufenden Rechtsverfahren von Offenburg bis Weil am Rhein im Zuge des Aus- und Neubaus der Rheintalbahn so lange zu unterbrechen (Moratorium) bis die am 10. Juli 2009 von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und Ministerpräsident Günther Oettinger zugesagte Prüfung unterschiedlicher Trassenvarianten erfolgt ist.

**(28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

1.2 Die Region Südlicher Oberrhein fordert eine rasche Festlegung des konkreten Auftrags des vereinbarten Projektbeirats *und erwartet, dass der Regionalverband Südlicher Oberrhein als ein Sprachrohr der Region im Projektbeirat vertreten ist.*

**(einstimmiger Beschluss)**

1.3 Die Region Südlicher Oberrhein ist zur konstruktiven Mitwirkung im Projektbeirat bereit.

**(einstimmiger Beschluss)**